

Wespennester und Flickenteppiche: Die Berliner Rentenpolitik

Veröffentlicht: 8. Mai 2026 auf LinkedIn

<https://www.linkedin.com/pulse/wespennester-und-flickenteppiche-die-berliner-rentenpolitik-uwe-schroeder-wildberg>

„Bundeskanzler Friedrich Merz hat kürzlich durch seine Äußerung, dass die gesetzliche Rentenversicherung künftig wohl nur noch eine Art Basisabsicherung garantieren könne, in ein politisches Wespennest gestochen. Dabei ist der Grundgedanke richtig und vor allem nicht neu. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die Rentenkasse wird künftig nicht mehr jeden individuellen Lebensstandard absichern können. Diese Realität lässt sich politisch nicht wegdiskutieren.“

DR. UWE SCHROEDER-WILDBERG
Vorstandsvorsitzender der MLP SE



Bundeskanzler Friedrich Merz hat kürzlich durch seine Äußerung, dass die gesetzliche Rentenversicherung künftig wohl nur noch eine Art Basisabsicherung garantieren könne, in ein politisches Wespennest gestochen. Dabei ist der Grundgedanke richtig und vor allem nicht neu. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die Rentenkasse wird künftig nicht mehr jeden individuellen Lebensstandard absichern können. Diese Realität lässt sich politisch nicht wegdiskutieren.

Was eine „Basisabsicherung“ genau bedeutet, ist sicherlich unterschiedlich interpretierbar und muss definiert werden. Der Eintritt der Babyboomer-Generation ins Rentenalter und die daraus folgende, nochmalige Verschlechterung des Verhältnisses von Beitragszahlern und Rentenempfängern lässt aber die populäre Vorstellung, die gesetzliche Rente könne jeden individuellen Lebensstandard absichern, endgültig zu einer Schimäre werden.

Ebenso wenig neu wie der Gedanke einer Basisabsicherung ist die Erkenntnis, dass die demografische Entwicklung der Finanzierbarkeit des gesetzlichen Rentensystems entgegensteht, vor allem, wenn an der sogenannten Haltelinie für das Rentenniveau in

Höhe von 48 Prozent des aktuellen Durchschnittseinkommens festgehalten wird. Bekanntlich ist die Haltelinie aber erst Ende vergangenen Jahres bis 2031 verlängert worden.

Der Ökonom und Rentenspezialist Prof. Axel Börsch-Supan hat vor kurzem in einem interessanten Interview in der WELT zwei Grundübel der Rentenpolitik ausgemacht: eben jene Haltelinie, die schon deshalb sehr teuer werde, weil alle Renten relativ zum Status quo angehoben würden, und zweitens die abschlagsfreie Rente nach 45 Arbeitsjahren, die den notwendigen Anstieg des Rentenalters behindere. Börsch-Supans optimistische Empfehlung: „Wenn man diese beiden Dinge korrigiert, kommt man gut durch den demografischen Wandel.“

Gießkannenprinzip deutscher Sozialpolitik

Doch leider sieht es nicht danach aus. „Wenn die Regierung die gesetzliche Rente kürzt, dann brennt die Hütte“, lässt sich die IG-Metall-Vorsitzende Christiane Benner zitieren – als ob es darum ginge! Vielmehr ist die Kritik an der Haltelinie völlig berechtigt: Sie begünstigt die oberen Einkommen viel stärker als diejenigen, die es wirklich nötig haben. Sie ist ein gutes (und teures) Beispiel für das Problem des Gießkannenprinzips in der deutschen Sozialpolitik: Anstatt nach Bedürftigkeit zu gehen und gezielt diejenigen zu unterstützen, bei denen sich die relative Senkung des Rentenniveaus wirklich spürbar auswirkt, wird flächendeckend gefördert. Ob Rente, Familie oder E-Auto: Der Staat macht sich ungern die Mühe, nach echter Bedürftigkeit zu fragen.

Gerne wird von Verfechtern des Status quo das sogenannte Äquivalenzprinzip ins Feld geführt, demzufolge derjenige Versicherte eine hohe Rente bekommt, der auch hohe Beiträge in das Rentensystem eingezahlt hat. Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht durchaus bereits Abweichungen von diesem Grundsatz zugelassen: Die Einführung der Grundrente im Jahr 2021 ist ein prominentes Beispiel. Hier erhalten Empfänger eine Rente nicht aufgrund ihrer geleisteten Beitragszahlungen, sondern komplett aus Steuermitteln. Die Politik sollte den Mut haben, diese Spielräume viel stärker zu nutzen.

Keine klare Linie erkennbar

Das Hauptproblem scheint mir aber zu sein, dass innerhalb der schwarz-roten Regierungskoalition keine konsistente Linie in der Rentenpolitik erkennbar ist. Mal sehen, was bald die Rentenkommission als Vorlage liefert und was davon umgesetzt wird. Bisher gleicht die Diskussion in Berlin einem Ideenbazar: Sicherung der Haltelinie, „Aktivrente“ von bis zu 2000 Euro pro Monat steuerfrei, Einbeziehung aller Arbeitnehmer und Beamten in die Rentenkasse, Einrichtung eines Staatsfonds mit Altersvorsorgedepot, „Frühstartrente“ für Kinder, Berücksichtigung von Kapitalerträgen beim Rentenbeitrag usw.

In diesem Flickenteppich an (sich mitunter widersprechenden) Ideen und guten Absichten findet man vieles, aber eines nicht: ein Konzept für eine Rentenreform aus einem Guss, die die strukturellen Fehlentwicklungen in der bisherigen Rentenpolitik endlich korrigiert und die staatliche Unterstützung so weit wie möglich auf diejenigen konzentriert, die

diese wirklich benötigen. Dabei wäre damit dem sozialen Frieden wahrscheinlich erheblich mehr gedient als mit der immer wiederkehrenden teuren Gießkanne.